



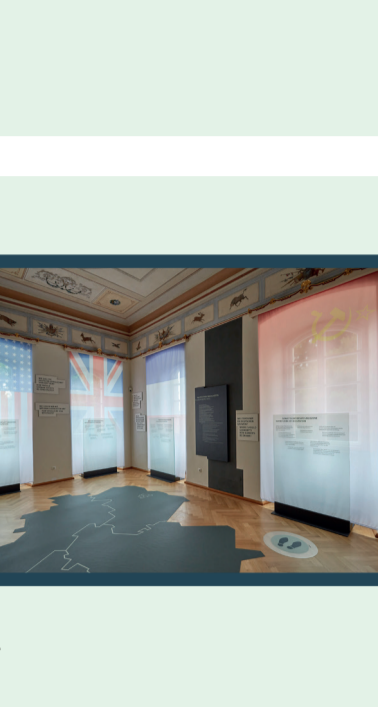
bauer & Bauer, Nürnberg

Foto: Foto Berger, Prien

Begleittexte in Einfacher Sprache zur Dauerausstellung „Der Verfassungskonvent von Herrenchiemsee 1948“

3 westliche Besatzungszonen, 50 Millionen Menschen, 11 Bundesländer, 1 Verfassung.

Hier auf der Insel Herrenchiemsee schrieben über 30 Fachleute in 13 Tagen einen Entwurf für das Grundgesetz. Das Treffen der Fachleute nennt man auch: Verfassungskonvent. Das Ziel der Fachleute war: Deutschland eine stabile Demokratie zu geben nach der Nazi-Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg.

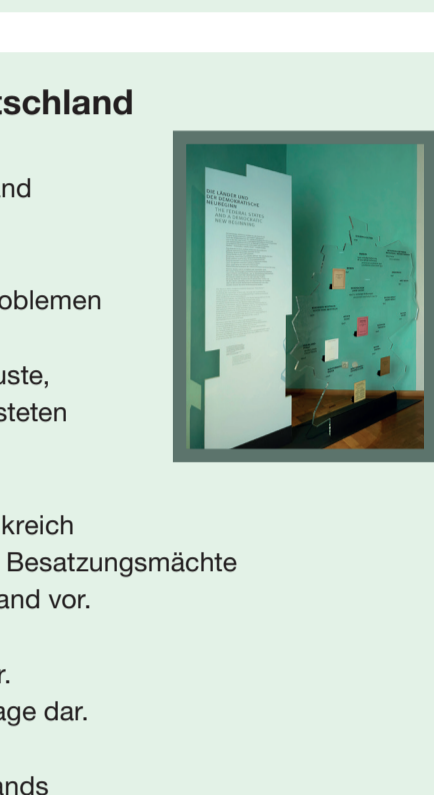


- Welche Ideen hatten die Fachleute dabei?
- Was waren die Rahmenbedingungen zu der Zeit?
- Welchen Einfluss hatten die Beratungen auf der Insel Herrenchiemsee auf die fertige Verfassung aus dem Jahr 1949?

Und vor welchen Herausforderungen steht das Grundgesetz aktuell? Die Ausstellung beschäftigt sich mit diesen Fragen. Sie lädt ein, sich mit der Entstehung und den Ideen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu befassen – und zwar genau hier, wo alles begonnen hat.

Pläne der Alliierten für Deutschland

Mit den Alliierten sind die verbündeten Länder USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion gemeint. Sie haben gegen Deutschland im Zweiten Weltkrieg gekämpft. Als Sieger teilten sie Deutschland unter sich in 4 Besatzungszonen auf. Bei der Potsdamer Konferenz trafen sich: die USA, Großbritannien und die Sowjetunion.



Sie legten gemeinsam Pläne für die Besatzungszonen fest. Die wichtigsten Punkte waren:

- In Deutschland sollte es keine Ideen und Organisationen aus dem Nationalsozialismus mehr geben.
- Deutschland sollte eine Demokratie werden.
- Die Macht in Politik und Wirtschaft sollte auf die Regionen aufgeteilt werden.
- Bestimmte Fabriken und Maschinen sollten zerstört werden. Oder sie sollten in den Staaten der Alliierten wieder aufgebaut werden.
- Es sollte kein Militär und keine Waffen in Deutschland geben.

Bald zeigten sich unterschiedliche Meinungen. Den USA und Großbritannien war es wichtig, dass die Wirtschaft in Deutschland stabil wurde. Deshalb vereinigten die USA und Großbritannien ihre Gebiete zur sogenannten „Bizone“. Frankreich arbeitete mit den USA und Großbritannien zusammen. Außerdem wollten die USA Europa gegen den sowjetischen Kommunismus stärken.

Die Sowjetunion hatte andere Pläne. Sie führte in ihrer Zone ein anderes Wirtschafts-System ein: die Planwirtschaft. In der Planwirtschaft wird die Wirtschaft von der Politik gesteuert. Und die Sowjetunion führte den Kommunismus ein.

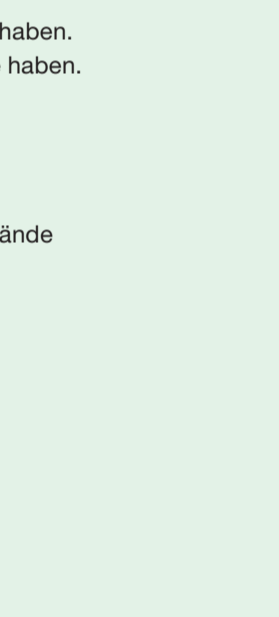
Am 20. Juni 1948 kam die D-Mark als neue Währung in die Zonen der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Die Sowjetunion führte darauf in ihrer Zone eine eigene Währung ein und blockierte West-Berlin.

Aus den früheren Verbündeten waren Gegner geworden: Der Kalte Krieg begann.

Wie wirkte sich der Kalte Krieg auf die Arbeiten am Verfassungs-Entwurf aus?

Die Sicht der Menschen in Deutschland

Die Jahre 1945 bis 1948 waren in Deutschland von den direkten Kriegsfolgen und dem Ende der Nazi-Diktatur geprägt. Die Menschen lebten mit grundlegenden Problemen wie Hunger, Zerstörung und Wohnungsnot. Schlimme Erfahrungen aus dem Krieg, Verluste, Perspektivlosigkeit und Schuldgefühle belasteten viele Menschen.



Die Alliierten (die USA, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion) gaben als Sieger- und Besatzungsmächte die Regeln für einen Neubeginn in Deutschland vor. Für einige Menschen war das Kriegsende die lang ersehnte Befreiung von der Diktatur. Für andere stellte es eine schlimme Niederlage dar.

Klar war: Für einen Wiederaufbau Deutschlands musste viel neu geordnet werden – und zwar:

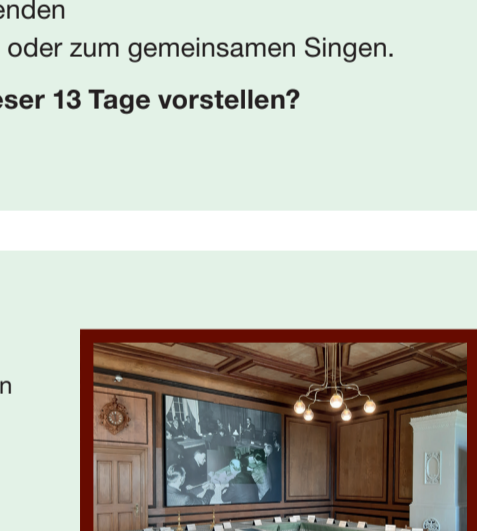
- politisch
- rechtlich
- wirtschaftlich
- kulturell
- und gesellschaftlich.

Deutschland sollte schnell funktionieren und Deutschland sollte eine Demokratie sein.

Wie sollte das gelingen?

Der Auftrag eine neue Verfassung zu schreiben: die Frankfurter Dokumente

Am 1. Juli 1948 gaben die 3 westlichen Besatzungsmächte in Frankfurt am Main den Auftrag, eine Verfassung auszuarbeiten. Sie übergaben 3 Dokumente an die 11 Ministerpräsidenten der Westzonen. Die Dokumente werden deshalb auch Frankfurter Dokumente genannt.



In Dokument 1 legten die West-Alliierten die wichtigsten Regeln fest. Die Verfassung sollte:

- demokratisch sein.
- föderal sein (Das bedeutet: Deutschland soll aus einzelnen Bundesländern bestehen, die mitbestimmen dürfen).
- die Rechte und Freiheiten von jedem einzelnen Menschen schützen.
- die Einigkeit von Deutschland zum Ziel haben.

In Dokument 2 ging es darum, die Ländergrenzen der Bundesländer zu überprüfen. In Dokument 3 legten die Besatzungsmächte fest, dass sie der Verfassung nur zustimmen würden, wenn Deutschland auch dann noch unter ihrer Besatzung stehen würde.

Bei mehreren Treffen berieten sich die Ministerpräsidenten: Sollten sie diesen Auftrag annehmen? Viele Politiker aus ganz verschiedenen Parteien fanden den Auftrag problematisch, weil Deutschland nicht selbstständig handeln und entscheiden konnte.

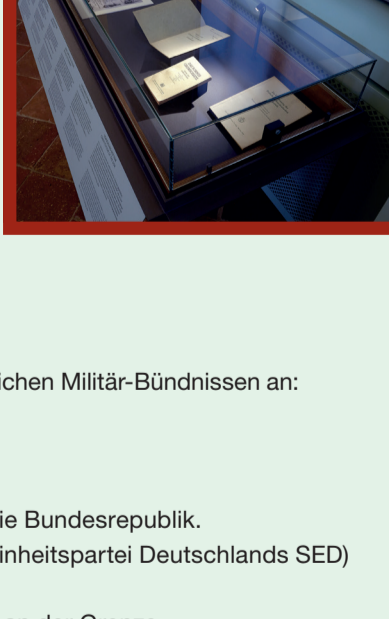
Andere fürchteten, dass durch eine neue Verfassung die Teilung Deutschlands in West und Ost festgeschrieben würde.

Die Ministerpräsidenten schlugen deshalb vor, eine Übergangslösung zu erarbeiten, die später noch geändert werden könnte. Sie nannten diese Übergangslösung: „Grundgesetz“. So konnte die Arbeit beginnen!

Dabei wollten die Parteien und andere Gruppen in der Gesellschaft mitreden...

Diskussionen über die Verfassung in den Jahren 1947/1948

Die West-Alliierten hatten den Ministerpräsidenten verschiedene Aufgaben gestellt.



Diese Aufgaben wurden zum Teil in Ausschüssen der Länder-Vertreter bearbeitet. Zu Ausschüsse waren Arbeitsgruppen von den Bundesländern. Bei ihren Aufgaben gehörte auch, dass die Bundesländer neu geordnet wurden und ein Besatzungsstatut ausgearbeitet wurde. Das Besatzungsstatut sollte festlegen, dass West-Deutschland weiterhin von den West-Alliierten besetzt bleiben sollte. Einige Politiker wollten nicht, dass es so viel um die Interessen der Bundesländer ging.

Vor allem sollten die Ministerpräsidenten eine Verfassung vorbereiten. Es sollte eine demokratische Verfassung „föderalen Typs“ werden: West-Deutschland sollte ein gemeinsamer Staat sein, aber die Bundesländer sollten auch eigene Rechte und Macht haben. Außerdem sollte jeder einzelne Mensch in Deutschland Rechte haben. Und Deutschland sollte eine Einheit sein.

Über die Verfassung wurde viel diskutiert. Dabei spielten die Parteien eine wichtige Rolle. Aber auch Einzelpersonen, Gewerkschaften, Kirchen und Verbände diskutierten mit über die Verfassung.

Zudem widersprachen sich die Öffentlichkeit mit dem Widerspruch von Besatzung und Eigenständigkeit. Damit ist gemeint: Konnte sich Deutschland trotz der Besatzer überhaupt eine eigene Verfassung geben? Wenn ja, wer sollte über die Verfassung abstimmen und sie annehmen?

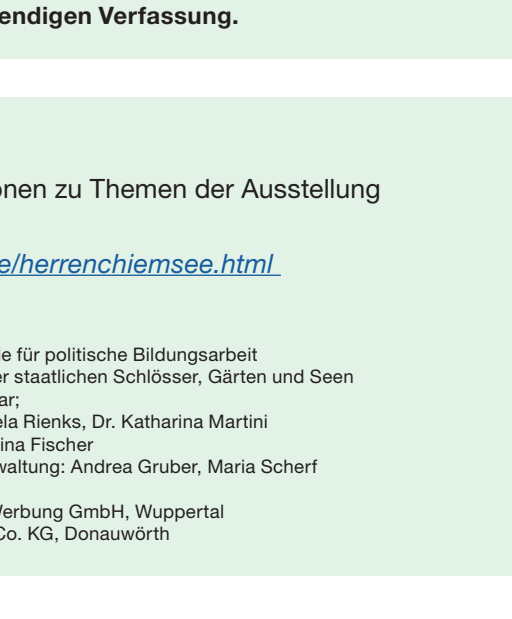
Hier werden einige Themen und Meinungen vorgestellt, die die Versammlung auf Herrenchiemsee bearbeitete.

Welche Ideen und Entwürfe nahmen die Fachleute im August 1948 mit auf die Insel?

13 Tage Inselleben

Am 10. August 1948 beginnt der Verfassungskonvent im Alten Schloss auf dieser Insel. Die Teilnehmenden treffen ein. Mit dabei sind nicht nur Politiker (es sind alles Männer), sondern teilweise auch:

- ihre Ehefrauen und Kinder
- Sekretärinnen
- Schreibkräfte
- Fahrer.



Die Teilnehmenden haben eigene Verfassungs-Entwürfe und Ideen mitgebracht. Einige Menschen wohnen im Alten Schloss, andere im Schlosshotel oder auf der Fraueninsel.

Die Sitzungen dauern meistens den ganzen Tag – auch bis spät in die Nacht hinein. Es wird in verschiedenen Räumen und im Freien gearbeitet.

Täglich um 17:00 Uhr findet eine Pressekonferenz statt. Doch können Reporterinnen und Reporter die neuesten Meldungen oft nicht gleich weitergeben, weil es nur 2 Telefonanschlüsse auf der Insel gibt.

Die Bayerische Staatskanzlei ist die Gastgeberin und plant einige wenige Ausflüge. Ein Ausflug geht zum Beispiel nach München.

Die wenige Freizeit nutzen die Teilnehmenden etwa zum Spazierengehen, Schwimmen oder zum gemeinsamen Singen.

Wie muss man sich die Stimmung dieser 13 Tage vorstellen?

Der Sitzungssaal

In diesem Raum arbeiteten die Teilnehmenden vom 10. bis zum 23. August 1948 an der Verfassung. Hier sieht es noch fast genauso aus wie damals.

Die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder hatten den Fachleuten vom Verfassungskonvent einen besonderen Auftrag gegeben: Sie sollten die Arbeit des Parlamentarischen Rats vorbereiten. Der Parlamentarische Rat war die Versammlung, die später das Grundgesetz schreiben und beschließen durfte.

Im Verfassungskonvent waren Politiker aus den 11 westlichen Bundesländern vertreten und pro Bundesland hatte einer das Recht für sein Bundesland abzustimmen. Aus West-Berlin nahm Otto Suhr teil. Er durfte nicht abstimmen, aber mitberaten.

Insgesamt waren im Verfassungskonvent über 30 Männer. Frauen haben bei dem Treffen auf der Insel nur Hilfs-Arbeiten übernommen. Zum Beispiel als Sekretärinnen. Die meisten Männer waren Fachleute für Recht und Politik und hatten schon an den Verfassungen für ihre Bundesländer mitgearbeitet.

Eine wichtige Rolle bei den Beratungen spielten zum Beispiel: Carlo Schmid aus Württemberg-Hohenzollern, Anton Pfeiffer aus Bayern, Hermann Brill aus Hessen oder Adolf Süsterhenn aus Rheinland-Pfalz.

Die Teilnehmenden teilten sich in 3 Gruppen auf. Sie schrieben zuerst Vorschläge für die einzelnen Grundgesetz-Artikel auf. Danach wurden die Vorschläge in der großen Runde mit allen diskutiert. Konnte sich die große Runde nicht auf einen Vorschlag einigen, bestimmte die Mehrheit.

Welche Vorschläge des Verfassungskonvents wurden in das Grundgesetz aufgenommen?

Vom Verfassungskonvent zum Grundgesetz

Die Teilnehmenden einigten sich am Ende auf 10 „Hauptgedanken“. Es entstand ein Bericht mit 3 Teilen. Er enthält:

- die Hauptgedanken – genau beschrieben und erklärt,
- die Meinungen von den Politikern zu den Hauptgedanken und andere Vorschläge,
- den fertigen Vorschlag für die Verfassung.

Den Bericht schrieb Anton Pfeiffer, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei.

Dieser ausführliche Bericht war eine sehr wichtige Vorarbeit für die Arbeit vom Parlamentarischen Rat. Der Parlamentarische Rat war die Versammlung, die das Grundgesetz schreiben und beschließen durfte.

Am 1. September 1948 hatte der Parlamentarische Rat sein erstes Treffen. Bei diesem Treffen erhielt der Parlamentarische Rat den Bericht.

6 Männer, die schon bei der Versammlung auf der Insel dabei waren, waren auch Teil des Parlamentarischen Rats in Bonn. Sie haben vom Anfang bis zum Ende an der Verfassung mitgearbeitet.

Die westlichen Besatzungsmächte waren mit der Verfassung einverstanden. So wurde die Verfassung mit dem Namen Grundgesetz am 23. Mai 1949 verkündet.

Das Grundgesetz war zuerst nur als Übergangslösung gedacht. Das Grundgesetz galt nur für Westdeutschland. Denn der östliche Teil von Deutschland erhielt am 7. Oktober 1949 eine eigene Verfassung und wurde so ein eigener deutscher Staat: die DDR.

DDR ist die Abkürzung für: Deutsche Demokratische Republik. Die DDR behauptete, dass ihre Verfassung demokratisch war. Aber eigentlich war sie das nicht.

Die große Frage war: Wird das Grundgesetz in West-Deutschland stabil und offen genug sein für alle Veränderungen und Herausforderungen in den nächsten Jahren?

Verfassungsfragen seit 1949

Ab dem Jahr 1949 gab es also 2 deutsche Staaten. Die Bundesrepublik Deutschland im Westen und die DDR im Osten. Sie standen auf unterschiedlichen Seiten im Kalten Krieg.

Die Bundesrepublik gehörte zur Gruppe der westlichen demokratischen Länder. Die DDR stand auf der Seite der kommunistischen Staaten im Osten. Die Sowjetunion hatte großen Einfluss auf die DDR.

Beide deutsche Staaten gehörten auch unterschiedlichen Militär-Bündnissen an: Die Bundesrepublik war Teil der NATO. Die DDR gehörte zum Warschauer Pakt. Weil es Unterdrückung und Gewalt in der DDR gab, flüchteten immer mehr Menschen aus der DDR in die Bundesrepublik.

Die führende Partei in der DDR (die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands SED) wollte das nicht. Deshalb baute sie tödliche Hindernisse und Waffen an der Grenze zwischen Ost- und West-Deutschland auf. Ab 1961 stand in Berlin eine Mauer. Die Mauer zeigte deutlich, wie zweigeteilt Deutschland und auch die Welt im Kalten Krieg waren.

Die Menschen in der DDR wünschten sich frei zu sein und politisch mitbestimmen zu können. Ab 1989 gingen sie dafür auf die Straße. Sie protestierten friedlich.

Am 9. November 1989 zeigte der Protest Wirkung: Die Berliner Mauer wurde gestürzt. Danach gab es Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und Gespräche mit den früheren 4 Besatzungsmächten (den USA, Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion). Die DDR wurde aufgelöst. Ihre Bundesländer wurden am 3. Oktober 1990 Teil von der Bundesrepublik. Seitdem gilt das Grundgesetz für ganz Deutschland.

Auch vor und nach 1990 veränderte sich das Grundgesetz. Denn die Zeiten verändern sich und die Gesellschaft entwickelt sich.

Das Grundgesetz verändert sich ständig: Es ist eine lebendige Verfassung

Von Anfang an sollte das Grundgesetz eine stabile, aber auch eine veränderbare Verfassung sein.

Die Männer und Frauen im Parlamentarischen Rat haben aus den Fehlern der Vorgänger-Verfassung aus der Weimarer Republik gelernt und im Grundgesetz wichtige Regeln festgelegt. Zum Beispiel sollen immer gelten:

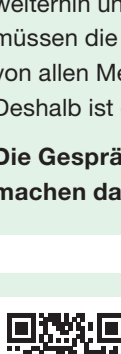
- Schutz der Menschenwürde
- Demokratie
- Rechtsstaatlichkeit
- Föderalismus
- Sozialstaat.

Das Grundgesetz wurde seit 1949 mehrmals geändert. Es wurden Teile verändert, ergänzt oder gestrichen. Es ist aber nicht so leicht wie früher in der Weimarer Republik, die Verfassung zu ändern. Das ist wichtig, damit das Grundgesetz stabil bleibt. Aber Änderungen sind auch notwendig. Sie erlauben es, auf neue Entwicklungen zu reagieren.

Das Bundes-Verfassungsgericht hat die wichtige Aufgabe, das Grundgesetz zu schützen. Es sorgt dafür, dass die Grundrechte eingehalten werden. Außerdem prüft das Gericht, ob Gesetze mit der Verfassung zusammenpassen. Das Bundes-Verfassungsgericht zeigt mit seinen Entscheidungen, was wichtige Werte in Deutschland sind. Die Entscheidungen des Gerichts lassen erkennen, wie sich Werte verändern. So kann auch die Verfassung moderner werden.

Damit die Verfassung von den Menschen weiterhin unterstützt und verstanden wird, müssen die Inhalte aus der Verfassung von allen Menschen regelmäßig diskutiert werden. Deshalb ist es zum Beispiel wichtig, dass junge Menschen die Verfassung kennen.

Die Gespräche von Menschen über das Grundgesetz machen das Grundgesetz zu einer lebendigen Verfassung.



Weitere Informationen zu Themen der Ausstellung finden Sie unter: www.blz.bayern.de/herrenchiemsee.html

Impressum

Herausgeber: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen
Texte: Monika Franz, Markus Baar; Dr. Uta Piereth, Dr. Manuela Rienks, Dr. Katharina Martini
Übersetzung: Proverb OHG Stuttgart; Nina Fischer
Ausstellungsfotos: Bayerische Schlösserverwaltung; Andrea Gruber, Maria Scherf
Redaktion: Karla Frank
Satz: Mumbäck – Agentur für Werbung GmbH, Wuppertal
Druck: Staudigl-Druck GmbH & Co. KG, Donaueschingen